

Schöner, neuer Orient?

Nach dem Sturz der autoritären Regime im «Arabischen Frühling» ist es nicht gelungen, neue Verwaltungs- und Machtstrukturen aufzubauen und so den rapiden sozialen Wandel zu steuern. Nun droht im Nahen Osten eine soziale Implosion, deren Auswirkungen gerade auch die europäischen Länder spüren werden.

Von Reinhard Schulze

Als der ehemalige amerikanische Präsident Barack Obama im Juni 2009 an der Universität Kairo seine berühmte Rede «Ein Neuanfang» hielt, ahnte niemand, dass die arabischen Länder des Nahen Ostens, aber auch die Türkei und sogar Iran, vor einem tiefgreifenden sozialen und politischen Umbruch standen. Obamas Rede war ein Plädoyer für die Ausgestaltung eines arabischen Liberalismus gewesen, zu dessen moralischer Rechtfertigung er auch den Islam und alte arabische Traditionen heranzog. Tatsächlich aber verharren noch 2009 grosse Teile der nahöstlichen Welt in einem Zustand sozialer, politischer und kultureller Einmauerung. Die alten Eliten beharrten auf ihren Privilegien und entzogen sich jeglicher Verantwortung und Rechenschaft, die die Gesellschaft von ihnen verlangen könnte. Sie lebten immer noch in der Vorstellung, dass der Staat der eigentliche Baumeister der Gesellschaft sei und dass sie, da sie den Staat repräsentierten, einen fast durch Naturrecht abgesicherten Machtanspruch erheben könnten.

Doch knapp zwei Jahre nach Obamas Aufruf, auch in der arabischen Welt einen Liberalismus zu wagen, entfaltete der «Arabischen Frühling» eine niemals erwartete Wirkungsmacht, die Kommentatoren weltweit fast euphorisch werden liess. Endlich, fast zwanzig Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, schienen nun auch die arabischen Länder reif für den Sprung in die Demokratie und in eine liberale und zugleich der sozialen Gerechtigkeit verpflichteten Ordnung. Die Chancen hierzu standen gut. Die Proteste der Zivilgesellschaft in den Strassen und auf den Plätzen von Kairo, Sanaa, Manama, Tunis und vielen anderen arabischen Metropolen liessen hoffen, dass es einer neuen, jungen Generation, die sich schon längst als Teil einer global vernetzten Avantgarde verstand, gelingen würde, das Regime der alten Herren zu stürzen. Als am 12. Februar 2011 auch der ägyptische Präsident Hosni Mubarak aufgab und per Hubschrauber aus

Kairo floh, war es für einen Moment so, als wäre auch im Nahen Osten eine Mauer gefallen.

«Länder wie Ägypten, Syrien, Irak und Libyen funktionieren wie eine gewaltige arabische Banlieue.»

Doch schon bald erwies sich diese Hoffnung als trügerisch. Die Kriege in Libyen, Syrien, Jemen und Irak, der Terror ultraslamischer Kampfbünde wie des «Islamischen Staats», die offensichtliche Erneuerung der Herrschaft der alten Eliten, die sich rasant vollziehende Konfessionalisierung der sozialen und politischen Beziehungen, das Versagen auch und gerade der islamischen Öffentlichkeit bei der Neugestaltung der moralischen Grundlagen eines neuen Gesellschaftsvertrags, die Erneuerung der Blockbildung im Nahen Osten durch die Grossmächte, die fast an den Kalten Krieg erinnert – all das liess den Traum von einem schönen neuen Orient platzen.

Auch verspielten Europa beziehungsweise der Westen insgesamt die Chance, mit den Trägergruppen der zivilen Opposition nachhaltige Bündnisse einzugehen, um nach dem Sturz der autoritären Regime neue Verwaltungs- und Machtstrukturen aufzubauen, durch die sich der rapide soziale Wandel hätte steuern lassen. Anders als die Transformationsländer Osteuropas, die nach 1989 massive Unterstützung durch die westlichen Länder erfuhren, um die politische und soziale Stabilität sicherzustellen, waren die arabischen Transformationsländer mehr oder weniger auf sich allein gestellt. Auch die reichen arabischen Monarchien enthielten sich weitgehend einer Unterstützung. So fehlten bald schlicht die ökonomischen und sozialen Ressourcen, um die

Erwartungen des Arabischen Frühlings zu erfüllen. Zugleich schwand in den arabischen Republiken, in denen die Bevölkerung gegen die alten Eliten revoltiert hatte, der Konsens, einer Gesellschaft anzugehören; denn ein Gesellschaftsvertrag, der ein Mindestmass an Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit schaffen sollte, konnte nicht erneuert werden.

Die ökonomischen und sozialen Transformationen seit den 1990er Jahren haben das gesamte Gefüge des arabischen Orients umgestaltet. Im Zentrum stehen die reichen Konsumgesellschaften der Monarchien am arabischen Golf, in denen westliche Lebensstile, islamische Werthaltungen und globale Mobilität zu einer neuen Modernität verschmelzen und die sich faktisch aus dem Nahen Osten verabschiedet haben. Um sie herum liegen einige wenige, ärmere arabische Monarchien und Republiken wie Jordanien, Marokko oder Libanon, in denen die gesellschaftliche Integration noch einigermassen funktioniert und in denen soziale Brennpunkte in die Vorstädte der Metropolen ausgelagert sind. Das Schlusslicht bilden Länder wie Ägypten, Syrien, Irak und Libyen, die wie eine gewaltige arabische Banlieue funktionieren. Der Nahe Osten droht damit zu einer Ein-Drittel-Gesellschaft zu werden: Ein Drittel partizipiert an der globalen Moderne, zwei Drittel hingegen leben in so prekären Verhältnissen, die den Eindruck, überflüssig zu sein, weiter verstärken. Nur mit einem neuen Gesellschaftsvertrag lassen sich die Folgen dieses sozialen Wandels bewältigen und ein Prozess der gesellschaftlichen Integration in den arabischen Ländern neu entfachen. Wenn dies nicht gelingt, droht eine soziale Implosion, deren Auswirkungen gerade auch die europäischen Länder spüren werden.

Kontakt: Prof. Dr. Reinhard Schulze, Institut für Islamwissenschaft und Neuere Orientalische Philologie, reinhard.schulze@islam.unibe.ch

